

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Christian Meyer, Julia Willie Hamburg, Detlev Schulz-Hendel, Gerald Heere (Bündnis 90/Die Grünen)

Zeitenwende: Bund stoppt aufgrund von Menschenrechtsverletzungen VW-Bürgschaften für Engagement in China – Wie steht das Land zu China-Geschäften?

Anfrage der Abgeordneten Christian Meyer, Julia Willie Hamburg, Detlev Schulz-Hendel, Gerald Heere (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an die Landesregierung, eingegangen am

Vorbemerkung:

Nach den Medien-Enthüllungen der Xinjiang Police Files (SPIEGEL u.a.) steht das wirtschaftliche Engagement vieler Unternehmen in Xinjiang in der Kritik. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte: »Ich glaube, jeder, der diese Bilder sieht, dem läuft es eiskalt den Rücken herunter. Sie sind verstörend und erschreckend. Sie untermauern das, was ja seit Längerem bereits im Raum gestanden hat, dass in Xinjiang schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen werden.« Über die Berichte könne man nicht schweigen oder hinweggehen.« (SPIEGEL vom 24.5.2022). Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat eine Änderung des Umgangs mit Investitionsgarantien des Bundes für deutsche Konzerne in Ländern mit derart groben Menschenrechtsverletzungen angekündigt. Auch Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) kündigte eine Wende in der China-Politik an: »Die Bilder aus China sind schockierend«, sagte er dem Handelsblatt. »Bei allen Gelegenheiten müssen wir chinesische Offizielle auf die Menschenrechtssituation ansprechen.« Sampaftigkeit aufgrund wirtschaftlicher Interessen dürfe es nicht geben. Es sei daher »auch ein Gebot der ökonomischen Klugheit, unsere wirtschaftlichen Beziehungen rasch zu differenzieren«.

Auch der VW-Konzern, in dem Mitglieder der Landesregierung im Aufsichtsrat sitzen, steht wegen seinem China-Engagement und seinem Werk in Xinjiang öffentlich in der Kritik. Die Deutsche Welle berichtete am 28.5.2022 unter der Überschrift: „Habeck verweigert VW Garantien für Chinageschäft“: „Zeitenwende in der Handelspolitik: Wegen der Menschenrechtsverletzungen an Uiguren in China lehnt Wirtschaftsminister Habeck zum ersten Mal Anträge auf Investitionsgarantien des Volkswagen-Konzerns in China ab. Menschenrechte sollen nach Angaben von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck wegen der Lage der Uiguren in China ein stärkeres Gewicht in der deutschen Handelspolitik erhalten.“ In der „Welt am Sonntag“ sagte Habeck: „Ein Unternehmen, das auch in der Provinz der Uiguren tätig ist, wollte Investitionsgarantien verlängern. Dem geben wir nicht statt.“ Nach Habecks Worten ist es "das erste Mal", dass Investitionsgarantien aus menschenrechtlichen Gründen "nicht zustande kommen". Die Leitlinie sei: „Wir können angesichts von Zwangsarbeit und Misshandlung der Uiguren keine Projekte in der Region Xinjiang absichern.“ Der „SPIEGEL“ zitiert eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums, wonach "vier Anträgen eines Unternehmens auf Verlängerung von Investitionsgarantien" nicht stattgegeben worden sei. Dabei handelt es sich dem Nachrichtenmagazin zufolge um VW.

Das Unternehmen hält zunächst unverändert an seinen Kurs in China fest. In der „Braunschweiger Zeitung“ vom 30.5.2022 sagt unter der Überschrift: „VW-Chef verteidigt umstrittenes Werk in Uiguren-Region Xinjiang“ VW-Vorstandsvorsitzender Herbert Diess: „Die Fabrik ist wirtschaftlich völlig unbedeutend für uns. Wir könnten uns jederzeit aus Xinjiang zurückziehen. Wir tun es nicht, weil wir glauben, dass unsere Präsenz dort positiv ist.“

Eine Sprecherin von Ministerpräsident Stephan Weil wird dazu auf Anfrage zitiert: „Die jüngsten Medienberichte über die Situation der Uiguren lösen auch bei Ministerpräsident Stephan Weil große Bestürzung aus.“ Die Bundesregierung fordere „zu Recht“ rasche Aufklärung und internationale Reaktionen (Braunschweiger Zeitung vom 30.5.2022). Zur Standortpolitik von VW äußert sich der Ministerpräsident nicht. Die Menschenrechtsverletzungen sind der Landesregierung allerdings seit längerem bekannt, jedoch bislang ohne Konsequenzen für das Land als VW-Anteilseigner. Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU), wie Weil Mitglied im VW-Aufsichtsrat, erklärte vor zwei Jahren in der Antwort auf eine Dringliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „VW-Werk im chinesischen Urumqi – Wie positioniert sich Niedersachsen als Anteilseigner?“ im Landtag: „Dass die Uiguren in China von der Volksrepublik China ganz offensichtlich als Minderheit verfolgt werden, bestreitet die chinesische Regierung auch gar nicht. Denn sie hat ja bewusst sogenannte Umerziehungslager gebildet, um Menschen davon zu überzeugen, dass sie eben nicht dem muslimischen Glauben als Grundausrichtung anheimfallen. Das ist eine politische Festlegung der Regierung in China. Das kritisieren wir, aber China hat natürlich seine eigenen Souveränitätsrechte, auf die wir keinerlei Einfluss haben.“ (Plenarprotokoll vom 26.2.2020).

Vor dem Hintergrund des Präzisionsgebotes des Staatsgerichtshofes in diversen Urteilen fragen wir ausdrücklich die Haltung und Position der Landesregierung ab und nicht die des VW-Konzerns.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Enthüllungen der Xinjiang Police Files zu Menschenrechtsverletzungen in China?
2. Seit wann und in welchem Ausmaß sind der Landesregierung seit Beginn der Produktion im Werk in der Region Xinjiang Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen und Umerziehungslager in Xinjiang bekannt?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung angesichts der in der Vorbemerkung zitierten Aussagen von Wirtschaftsminister Althusmann über die sogenannten „Umerziehungslager“ in China?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den Enthüllungen in Bezug auf die Unterstützung niedersächsischer Unternehmen beim Investment in China?
5. Wie steht die Landesregierung zu der öffentlich geäußerten Auffassung von VW-Chef Diess, dass die Fabrik in Xinjiang sich positiv auf die Menschenrechtssituation der Uiguren auswirken kann? Teilt sie diese, wenn ja, warum?
6. Wie steht die Landesregierung nach Veröffentlichung der Xinjiang Police Files und der daraus folgenden politischen Debatten zu der Einschätzung, dass wirtschaftliche Geschäfte und Investitionen in China zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in dem Land beitragen?
7. Vor dem Hintergrund, das Niedersächsens Wirtschaftsministerium eine eigene „Repräsentanz des Landes Niedersachsen in der Volksrepublik China“ in Shanghai finanziert: Inwieweit muss die Arbeit auf Grund der Menschenrechtssituation neu bewertet werden?
8. Wie wurden Menschenrechtsfragen bei Auslandsreisen von Minister*innen nach China z.B. bei der China-Reise von Agrarministerin Barbara Otte-Kinast vom 14.- bis 19.10.2019 thematisiert?
9. Gab es Treffen der Landesregierung mit Menschenrechtsorganisationen aus China und sprach die Ministerin Otte-Kinast das Thema Menschenrechte und Unterdrückung der Uiguren in ihrer Rede auf der „Freundschaftskonferenz“ in Shandong in irgendeiner Weise an?
10. Welche eigenen Erkenntnisse des Landes als Miteigentümer von VW sowie von VW selbst zu Menschenrechtsverletzungen in China sind bislang an das Auswärtige Amt weitergeleitet worden?

11. Welche Aktivitäten und Recherchen und mit welchen Ergebnissen zu Menschenrechten in China, in der Region Xinjiang und bei dem Zuliefernetzwerk von VW hat das Land als Mit-eigentümerin von VW veranlasst?
12. Wie beurteilt die Landesregierung aktuell die Zukunft des Werkes in Xinjiang?
13. Wie steht das Land – unabhängig von der Haltung der Konzernleitung – zur Möglichkeit eines Rückzugs von VW aus Xinjiang?
14. Wie beurteilt die Landesregierung die Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums, künftig die bislang wichtigen Investitionsgarantien etwa für VW in China von der Men-schenrechtssituation abhängig zu machen und somit ggf. nicht mehr zu gewähren?
15. Welche Landesförderungen oder -bürgschaften für Unternehmen, die in China investieren hat die Landesregierung bislang selbst gewährt? Gedenkt die Landesregierung, sie mit Blick auf die Menschenrechtsverletzungen ebenso wie der Bund einzustellen? Wenn nein, aus welchen Gründen?
16. Welche Strategie verfolgt das Land als Eigentümer im Aufsichtsrat zur Standortent-wicklung von VW, über die die beiden Vertreter des Landes im Kontrollgremium mitentschei-den? Welche Rolle sollen dabei aus Sicht der Landesregierung die Menschenrechtssitua-tion in den jeweiligen Ländern und Regionen spielen? Welche Länder sind neben China potentiell noch davon betroffen?